

Erklärung der drei Verkehrsinitiativen Bismarckstraße, Keine Stadtautobahn und Rembertiring

Siehe taz vom 2/3 Juli, Seite 44 in der Rubrik : IN ALLER KÜRZE – EU schießt scharf.

taz- Artikel siehe Rückseite.

Vgl. dazu RB-/Nordwestradio-Interview „EU setzt Feinstaub-Richtlinie durch“ mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses des Europaparlaments, MdEP Jo Leinen, und Gespräch mit Umweltsenator Lohse unter dem Titel „Keine ökologische Gefühlsduselei“. Hörbar unter dem Datum 1. Juli 2011 und dem Link:
<http://neu.keine-stadtautobahn.de/index.php?page=radio--und-tv-links>

Sollten die Aussagen der oben dargestellten Pressenotiz in der taz vom 2/3. Juli zutreffen, würden wir einer weiteren Fristverlängerung für die Feinstaubrichtlinie nachhaltig widersprechen – aus folgenden Gründen:

1. Das Bündel von Gegenmaßnahmen gegen die Luftbelastung wurde ab 2006 schrittweise reduziert. Im Jahr 2006/2007 wurden der Luftreinhalteplan und die Umweltzone als zwei getrennte Gegenmaßnahmen gegen die Luftbelastung genannt. Siehe dazu die Aussagen in den Jahresberichten des Umweltsenators zum Luftüberwachungssystem.
Heute ist dort nur noch allein von der Umweltzone die Rede.
2. Die Umweltzone ist in Bremen zu klein und von zu vielen Ausnahme-Regelungen durchlöchert.
3. Das Verkehrskonzept Nordost hat keine Auswirkungen auf die Luftbelastungen am Dobbenweg und für die Bismarckstr. wird bestenfalls der Lärmschutz verbessert.
4. Weitere Maßnahmen, wie z.B. das Mobilitätsmanagement sind seit 2002 von uns bei großen Kfz-Flottenbetreibern (> Das Klinikum Mitte<) immer wieder angemahnt, aber leider bis heute nicht realisiert worden, d.h. ohne Erfolg für unsere Stadtteile geblieben.
5. Bei der Luftbelastung haben wir hier bei NO₂ immer eine Überschreitung der jeweiligen Grenzwerte hinnehmen müssen. In den letzten beiden Jahren war die Absenkung unter 35 Überschreitungen beim TMW für PM 10 eine Folge der Verkehrsdämpfung durch die Baustelle am Concordia-Tunnel.
Jetzt führt die neue freie Fahrt in Richtung Schwachhausen zwangsweise zur Zunahme der Feinstaubwerte an dieser Messstelle - bei dem hohen Anteil der Dieselfahrzeuge in Bremen. Die Bremer Verkehrsplanung hat bis heute nicht begriffen, dass die Verstärkung des Verkehrsflusses nicht durch Beschleunigung erreichbar ist.
6. Auch sind immer wieder bei der Erfassung der Messwerte an den Verkehrsmessstellen >Merkwürdigkeiten< aufgetreten, die bei uns Zweifel an einer gründlichen Erfassung der Überschreitungszahlen für PM- 10 aufkommen lassen.
Auch bei der Bewertung dieser Daten ist die Gefährdung der Gesundheit in Bremen regelmäßig verschwiegen worden, obwohl auf diese Daten (z.B. Krebsregister) oft hingewiesen worden ist.

Ausgehend von diesen Problemen bitten wir den Beirat / Ortsamt ein weitere Fristverlängerung für die EU- Richtlinien zur Luftreinhaltung unter Hinweis auf diese Argumente zurückzuweisen und ihr keinesfalls zuzustimmen!

Bremen, 4. Juli 2011 – Gert Suchodolski, Günter Knebel, Ulrich Draub.